

# SATZUNG

## des Zweckverbandes

### "Abwasserverband Unteres Albtal"

#### § 1

##### Mitglieder, Name, Zweck und Sitz des Verbandes

1. Die Gemeinden Karlsbad für den Ortsteil Spielberg, Straubenhardt für den Ortsteil Langenalb, Marxzell und Waldbronn bilden einen Zweckverband im Sinne des Gesetzes über die Kommunale Zusammenarbeit (GKZ). Er führt den Namen

##### "Abwasserverband Unteres Albtal"

2. Der Zweckverband erstrebt keinen Gewinn, ist jedoch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen.
3. Der Zweckverband hat seinen Sitz in Waldbronn (Landkreis Karlsruhe).

#### § 2

##### Aufgaben des Verbandes

1. Der Zweckverband hat die Aufgabe, die Abwässer der Verbandsmitglieder in der Kläranlage des Abwasserverbandes einzuleiten.
2. Der Verband erstellt, betreibt unterhält und erneuert die zur Erfüllung der Verbandsaufgaben notwendigen Anlagen. Zu den Anlagen des Verbands gehören
  - a) die Zuleitungskanäle von den Gemeinden bzw. Ortsteilen zum Hauptsammler des Abwasserverbandes Albtal
  - b) die Verbindungskanäle zwischen den Gemeinden bzw. Ortsteilen und die gemeinsam benutzten Kanäle innerhalb und außerhalb der Ortsbereiche
  - c) die im Verlauf der Kanalstrecke nach Buchstabe a) und b) erforderlichen Schöpfwerke nebst Stromversorgung und sonstigem Zubehör
  - d) die notwendigen Regenentlastungsanlagen.
3. Die Anlagen werden Eigentum des Verbandes. Nicht zu den gemeinschaftlichen Anlagen gehören die örtlichen Kanäle mit allen Nebenanlagen, ausgenommen gemeinsam benützte Kanäle nach Festlegung im Einzelfall.

4. Die im Eigentum des Verbandes stehenden Zuleitungssammler bzw. Verbindungskanäle beginnen jeweils hinter dem Regenentlastungsbauwerk. Soweit eine Regenentlastungsanlage am Ortsausgang bei einzelnen Gemeinden nicht möglich ist, beginnt das Eigentum des Verbandes jeweils am nächsten Nachschau-schacht nach dem letzten Seitenanschluss von Grundstücksabwässern.
5. Dem gemeinsamen Unternehmen liegt die generelle Planung für die gemeinsame Abwasserbeseitigung der in § 1 Abs. 1 genannten Gemeinden zugrunde. Der über den Umfang des Unternehmens erforderliche Bauentwurf legt die näheren Einzelheiten über die Ausführung fest und ist Bestandteil dieser Satzung. Im Übrigen werden die verbandseigenen Anlagen in einem Übersichtsplan bzw. in einem entsprechenden Verzeichnis ausgewiesen.
6. In den Fällen des § 3 Abs. 4 der Satzung des Abwasserverbandes Albtal (erhöhter Abwasseranfall bzw. besondere Beschaffenheit des Abwassers) sind frühzeitig Mitteilungen an den Verband zu erstatten und entsprechende Genehmigungen zu beantragen.

### § 3 Baukostenverteilung

1. Die gesamten Kosten der Herstellung der Verbandsanlagen nach § 2 trägt der Zweckverband. Die Finanzierung erfolgt durch Eigenmittel, Zuweisungen und Kredite.
2. Zur Aufbringung der nicht durch Zuweisungen und Kredite gedeckter Herstellungskosten leistet jede der beteiligten Gemeinden einen Betrag (Eigenmittel), der nach Aufstellung des Hauptentwurfes endgültig festgelegt wird. Die Kosten werden von den Mitgliedsgemeinden anteilig, entsprechend den Einwohnergleichwerten, geschätzt für das Jahr 2010, wie folgt getragen:

Karlsbad, OT Spielberg	3.373 EGW =	13,69 %
Straubenhardt, OT Langenalb	1.717 EGW =	6,97 %
Marxzell	5.990 EGW =	24,32 %
Waldbronn	13.555 EGW =	55,02 %
	24.635 EGW =	100,00 %

§ 11 Abs. 5 gilt entsprechend.

3. Sollte es durch die besondere Beschaffenheit des Abwassers einer Verbandsgemeinde (z.B. Industrieabwässer) notwendig sein, zusätzliche Einrichtungen zu erstellen, so fallen die hierdurch entstehenden Kosten dem betreffenden Verbandsmitglied zur Last. Bei späterer Mitbenützung dieser besonderen Einrichtungen durch andere Mitglieder ist ein Ausgleich durchzuführen.

**§ 4  
Organe**

1. Die Organe des Zweckverbandes sind:
  - a) die Verbandsversammlung
  - b) der Verbandsvorsitzende

**§ 5  
Zusammensetzung der Verbandsversammlung**

1. Die Verbandsversammlung besteht aus den Bürgermeistern der Verbandsgemeinden, die ihre Körperschaft Kraft ihres Amtes vertreten und aus weiteren Vertretern. Sie setzt sich wie folgt zusammen:

Gemeinde Karlsbad	2	Vertreter
Gemeinde Straubenhardt	2	Vertreter
Gemeinde Marxzell	4	Vertreter
Gemeinde Waldbronn	5	Vertreter
zusammen	13	Vertreter

Die weiteren Vertreter und die gleiche Anzahl von Stellvertretern aus den Gemeinderatsgremien der Verbandsgemeinden werden nach jeder regelmäßigen Gemeinderatswahl neu gewählt.

2. Scheidet ein als weiterer Vertreter gewähltes Mitglied der Verbandsversammlung vorzeitig aus dem Gemeinderat aus, so endet mit dem Ausscheiden auch seine Zugehörigkeit zur Verbandsversammlung. Für den Rest der Amtszeit ist ein Ersatzmann zu wählen.
3. Der Bürgermeister einer Verbandsgemeinde wird bei Verhinderung durch seinen allgemeinen Stellvertreter oder einen beauftragten Bediensteten nach § 53 Abs. 1 der Gemeindeordnung vertreten.

## § 6

## Zuständigkeit der Verbandsversammlung und Geschäftsgang

1. Die Verbandsversammlung ist das Hauptorgan des Zweckverbandes. Sie ist für den Erlass von Satzungen zuständig und beschließt insbesondere über
  - 1.1 Änderung der Verbandssatzung
  - 1.2 Aufnahme weiterer Mitglieder, Ausscheiden von Verbandsmitgliedern und über die Auflösung des Verbandes
  - 1.3 Wahl des Verbandsvorsitzenden und seines Stellvertreters, ferner über die Aufwandsentschädigung und über die Entschädigung von ehrenamtlichen Tätigkeiten
  - 1.4 Festlegung des Wirtschaftsplanes sowie Festsetzung der zu erhebenden Umlagen
  - 1.5 Feststellung des Jahresabschlusses
  - 1.6 Aufnahme von Krediten, Übernahme von Bürgschaften
  - 1.7 Erwerb und Veräußerung von Grundstücken
  - 1.8 Bestellung des Schriftführers, des Verbandsrechners und der weiteren Bediensteten des Verbandes
  - 1.9 alle sonstigen Angelegenheiten, die für den Zweckverband von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung sind.
2. Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn die anwesenden Vertreter mindestens die Hälfte der satzungsmäßigen Gesamtstimmenzahl der Verbandsversammlung vertreten. Die Beschlüsse werden, sofern in den folgenden Bestimmungen nichts anderes vorgesehen ist, mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.
3. Die Verbandsversammlung wird von dem Vorsitzenden durch schriftliche Einladung eines jeden Vertreters einberufen. Die Einladung hat in der Regel mindestens 1 Woche vor dem Termin zu erfolgen.
4. Die Verbandsversammlung ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert, mindestens jedoch einmal im Jahr. Die Verbandsversammlung muss einberufen werden, wenn eine Verbandsgemeinde unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes, welcher zum Aufgabenkreis des Zweckverbandes gehören muss, dies beim Vorsitzenden beantragt.
5. Zur Verbandsversammlung sollen die Aufsichtsbehörde und das Wasserwirtschaftsamt unter Mitteilung einer Tagesordnung eingeladen werden.

## §7 Verbandsvorsitzender

1. Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter werden auf die Dauer von 5 Jahren von der Verbandsversammlung aus ihrer Mitte gewählt. Scheidet einer der Gewählten aus der Verbandsversammlung aus, so endet auch seine Tätigkeit als Vorsitzender oder Stellvertreter. Für die restliche Amtsdauer ist aus der Mitte der Verbandsversammlung jeweils ein Ersatzmann zu wählen. Bis zur Neuwahl nach Satz 3 nehmen der bisherige Vorsitzende und sein Stellvertreter ihr Amt weiter wahr.
2. Der Verbandsvorsitzende ist Vorsitzender der Verbandsversammlung. Er ist Leiter der Verbandsverwaltung und vertritt den Zweckverband. Er vollzieht die Beschlüsse der Verbandsversammlung. Ihm steht die Anordnungsbefugnis zu. Daneben wird ihm die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Wirtschaftsplan bis zum Betrag von DM 50.000,- im Einzelfall zur Erledigung dauernd übertragen.

Neuwahlen sind nach Ablauf der Amtszeit oder bei vorzeitigem Ausscheiden innerhalb 8 Wochen durchzuführen.

## §8 Dienstkräfte des Verbandes

1. Die Verbandsversammlung wählt den Verbandsschifführer und den Verbandsrechner und je einen Stellvertreter, die Bedienstete einer Verbandsgemeinde sein sollen. Sie sind zu Ehrenbeamten zu bestellen.
2. Zur ordnungsgemäßen Wartung der Verbandsanlagen bestellt die Verbandsversammlung das erforderliche Wartungspersonal. Näheres regelt eine Dienst-anweisung.

## §9 Entschädigung der Verbandsorgane

1. Der Verbandsvorsitzende erhält eine jährliche Aufwandsentschädigung, die von der Verbandsversammlung in einer besonderen Satzung festgelegt wird.
2. Die Mitglieder der Verbandsversammlung erhalten für die Teilnahme an den Sitzungen eine Entschädigung, die von der Verbandsversammlung in einer Satzung festgelegt wird.

**§10**  
**Wirtschaftsführung, Kassen- und Rechnungswesen**

1. Für die Wirtschaftsführung sowie für das Kassen- und Rechnungswesen des Zweckverbandes gelten die für Eigenbetriebe maßgebenden Bestimmungen und Vorschriften sinngemäß.
2. Das Wirtschaftsjahr ist das Rechnungsjahr der Gemeinden.

**§11**  
**Jahresumlage**

1. Die jährlichen Aufwendungen des Zweckverbandes, zu denen auch angemessene Abschreibungen auf das Anlagevermögen und der Ersatz der bei den Gemeinden entstehenden Verwaltungskosten gehören, werden, soweit nicht andere Einnahmen zur Verfügung stehen, auf die Verbandsmitglieder umgelegt (Jahresumlage).
2. Die Jahresumlage wird von den Verbandsmitgliedern mit 1/3 des Umlagebetrages nach dem in § 3 Abs. 2 festgelegten Verhältnis, mit 2/3 des Umlagebetrages entsprechend dem Verhältnis der eingeleiteten Abwassermengen der jeweiligen Verbandsmitglieder aufgebracht. Auf die Umlage werden vierteljährlich Vorauszahlungen erhoben, die innerhalb 14 Tagen nach Anforderung an die Zweckverbandkasse abzuführen sind.
3. Die Jahresumlage wird von der Verbandsversammlung bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes festgesetzt. Die endgültige Umlage errichtet sich nach dem Jahresabschluss. Die Verbandsversammlung beschließt über die endgültige Umlage bei der Genehmigung des Jahresabschlusses. Überzahlungen werden auf das jeweils folgende Geschäftsjahr angerechnet. Restzahlungen werden innerhalb 14 Tagen nach Genehmigung des Jahresabschlusses nachgefordert. Sie sind innerhalb weiterer 14 Tage an die Zweckverbandkasse abzuführen.
4. Zur Tilgung der aufgenommenen Kredite stehen die Abschreibungen auf das Anlagevermögen zur Verfügung. Sind die Tilgungen höher als die Abschreibungen und ist eine Umschuldung des überschießenden Betrages nicht möglich, so kann dieser durch Beschluss der Verbandsversammlung von der Verbandsmitgliedern als Tilgungsumlage angefordert werden.  
Der Umlagemaßstab richtet sich nach dem Verhältnis der Baukosten gemäß § 3 Abs. 2. Die Tilgungsumlage wächst dem Verbandsvermögen zu.
5. Der Zweckverband erhebt bei nicht fristgerechter Entrichtung der Jahres- und Tilgungsumlage Verzugszinsen in Höhe von 2 vom Hundert über dem jeweiligen Diskontsatz.

**§12**  
**Auflösung des Verbandes**

1. Der Zweckverband kann nur durch einstimmigen Beschluss der Verbandsversammlung und mit Zustimmung der Verbandsmitglieder aufgelöst werden.
2. Im Falle der Auflösung gehen das Vermögen und die Verbindlichkeiten des Zweckverbandes auf die Verbandsmitglieder im Verhältnis ihrer Beteiligung an den Baukosten gem. § 3 Abs. 2 über.
3. Der Wertfestsetzung des Verbandsvermögens erfolgt durch Sachverständige, die von der Verbandsversammlung im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde bestellt werden.

**§13**  
**Ausscheiden einzelner Mitglieder**

1. Ein einzelnes Mitglied kann aus dem Zweckverband nur mit Zustimmung der übrigen Verbandsmitglieder ausscheiden.
2. Das ausscheidende Mitglied haftet für die bis zu seinem Ausscheiden entstandenen Verbindlichkeiten des Zweckverbandes im Verhältnis der Beteiligung an den Baukosten. Einen Rechtsanspruch auf Beteiligung am Verbandsvermögen hat das ausscheidende Mitglied nicht.

**§14**  
**Satzungsänderung**

Soweit in dieser Satzung nicht anderes bestimmt ist, kann eine Änderung der Verbandssatzung mit einer Mehrheit von mindestens zwei Drittel der satzungsmäßigen Stimmenzahlen beschlossen werden.

**§15**  
**Bekanntmachung des Verbandes**

Öffentliche Bekanntmachungen des Zweckverbandes erfolgen in jeder einzelnen Mitgliedsgemeinde nach deren jeweiligem Bekanntmachungsrecht.

Die Satzung tritt am 01. Januar 2013 in Kraft.